

**Bernhard Rapkay:
"Auch Häuser müssen sparen"
Europäisches Parlament verabschiedet Neufassung der
Richtlinie zur Energieeffizienz von Gebäuden**

Europas Gebäude sollen in Zukunft weniger Energie verbrauchen. Das Europäische Parlament hat am Dienstag entsprechende Standards für die Energieeffizienz von Gebäuden in der EU verabschiedet. "Das war höchste Zeit", begrüßte der SPD-Europaabgeordnete Bernhard Rapkay das heutige Abstimmungsergebnis. „Eine verpflichtende Perspektive von Niedrigenergiehäusern in den EU-Mitgliedstaaten war dringend erforderlich“, erklärte der Sozialdemokrat weiter und verwies darauf, dass der aktuelle Gebäudebestand mit 40 Prozent des Endenergieverbrauchs der größte Energiefresser in Europa sei. Gleichzeitig entstammten über ein Drittel der EU-weiten CO₂-Emissionen aus dem Gebäudesektor.

Nach der Richtlinie soll ab dem 31. Dezember 2020 der Energiebedarf aller neu gebauten Gebäude bei Null liegen. Dennoch anfallender Energiebedarf soll aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Für öffentliche Gebäude gilt dies bereits ab Ende 2018. Auch bei großen Renovierungen müssen die neuen Anforderungen berücksichtigt werden. Dadurch werden innerhalb der EU Einsparungen im Stromverbrauch von bis zu sechs Prozent und eine Senkung der CO₂-Emissionen um fünf Prozent erwartet.

"Bei den Mindeststandards für die Gebäudesanierung hätten wir uns konkretere Vorgaben gewünscht", kritisierte Bernhard Rapkay. "Die neue Richtlinie wird aber ohne Zweifel einen bedeutenden Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der EU bis 2020 leisten", so Bernhard Rapkay weiter.

Nach den neuen Regelungen wird außerdem die Vorlage eines Energieausweises europaweit verpflichtend. Auf diesem muss die Energieeffizienz eines Hauses immer mit angegeben werden. Dies gilt auch für Wohnungsanzeigen. "Verbraucher sind dadurch in der Lage, den privaten Stromverbrauch gezielt mit einzukalkulieren und ihre eigenen Strom- und Heizkosten zu verringern. Auch werden europaweit Arbeitsplätze im Baugewerbe geschaffen. Eine Win-Win-Situation für Verbraucher und Wirtschaft", so Bernhard Rapkay.

Gleichzeitig wies der Europaabgeordnete aber auf noch bestehende Herausforderungen: "Wir haben die Vorschriften, jetzt müssen sie finanziert werden. Die EU-Kommission muss deshalb konkrete Finanzierungsvorschläge machen. Aber auch die EU-Mitgliedstaaten müssen die bereits gegebenen Finanzierungsmechanismen besser nutzen. Bis heute werden nicht alle zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Europäischen Fond für Regionale Entwicklung (EFRE) abgerufen. Das muss sich ändern, damit die neuen Bestimmungen schnell umgesetzt werden können", so Bernhard Rapkay abschließend.

Für weitere Informationen: Algara Stenzel (Pressesprecherin) +32 473 930 060 (GSM)